



2.9.2010

MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER

Betrifft: Petition 1528/2009, eingereicht von Gerhard Holzinger, deutscher Staatsangehörigkeit, zur Unterstützung für Gebiete in äußerster Randlage (Kanarische Inseln)

1. Zusammenfassung der Petition

Der Petent befürchtet, dass der geplante Bau einer Autobahn – der mit finanzieller Unterstützung aus den Regionalfonds der EU erfolgt – in keinem Verhältnis zum voraussichtlichen Verkehrsaufkommen steht und zu unnötiger Zerstörung der Umwelt führt. Zur Deckung des künftigen Bedarfs sei es vollkommen ausreichend, die bestehenden Straßen auszubauen. Die Kriterien für die Unterstützung aus den Regionalfonds der EU für Gebiete in äußerster Randlage sollten überprüft werden, um eine derartige Fehlleitung von EU-Mitteln künftig zu vermeiden.

2. Zulässigkeit

Für zulässig erklärt am 29. Januar 2010. Die Kommission wurde um Auskünfte ersucht (Artikel 202 Absatz 6 der Geschäftsordnung).

3. Antwort der Kommission, eingegangen am 25. März 2010

Der Petent fordert die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für eine geplante Autobahn zwischen Santa Cruz de La Palma und Los Llanos de Aridane. Er vertritt die Auffassung, dass mit einem Ausbau bestehender Straßen dasselbe Ziel erreicht werden könne. Der Petent führt an, dass die finanzielle Unterstützung der Regionalfonds zugunsten von Gebieten in äußerster Randlage zur Zerstörung zahlreicher Naturgebiete geführt habe und dass diese lieber die Instandsetzungskosten für bestehende Infrastruktureinrichtungen statt der Hilfe für immer nur neue Infrastrukturvorhaben enthalten solle.

Angesichts der territorialen Zwänge auf der Insel La Palma teilt die Kommission voll und ganz die Besorgnis des Petenten darüber, dass der Stärkung bestehender nachhaltiger Infrastruktureinrichtungen bei der Verteilung von Mitteln aus den Strukturfonds Vorrang gewährt werden sollte.

In Übereinstimmung mit diesem Grundsatz haben die spanischen Behörden bestätigt, dass das Vorhaben zum Bau einer neuen Autobahn auf der Insel La Palma nicht aus Mitteln der Gemeinschaft gefördert werde.

Somit unterliegt die vom Petenten aufgeworfene Frage der Zuständigkeit der nationalen und regionalen Behörden in Spanien.

Die vorliegende Petition fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommission.

4. Ergänzende Antwort der Kommission, eingegangen am 2. September 2010

In ihrer vorangegangenen Mitteilung hat die Kommission darauf verwiesen, dass die geplante Autobahn auf der Insel La Palma nicht aus Mitteln der Gemeinschaft gefördert wird. Somit unterliegt die vom Petenten aufgeworfene Frage der Zuständigkeit der nationalen und regionalen Behörden in Spanien.

Am 4. Mai 2010 hat der Petent neue Informationen vorgelegt, die eine Kofinanzierung des Hafens von Tazacorte durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von bis zu 50 Millionen Euro betrifft. Nach seinen Angaben soll der Hafen für den Export von auf den Kanarischen Inseln angebauten Bananen dienen, die nur aufgrund von EU-Subventionen wettbewerbsfähig sind. Hinzu käme, dass der Hafen von Tazacorte von einem privaten Betreiber lediglich als Segelhafen genutzt werden soll. Der Petent beharrt auf seiner Darstellung, dass die neue Autobahn in La Palma mit Hilfe einer Kofinanzierung durch die EU gebaut wird, und ist der Auffassung, dass diese Mittel für Investitionen in Bereiche wie das Gesundheitswesen und Bildung besser genutzt werden könnten.

Die neuen Informationen beziehen sich hauptsächlich auf Bauarbeiten zur Erweiterung des Hafens von Tazacorte auf der Insel La Palma. Nach eingehender Prüfung dieser Informationen trafen Vertreter der Kommission am 17. Juni 2010 mit Beamten der Hafenbehörde von Las Palmas zusammen.

Die bei diesem Treffen ausgetauschten Informationen haben bestätigt, dass diese Bauarbeiten in der ersten Phase vom EFRE im Programmzeitraum 2000 bis 2006 (in Höhe von bis zu 8.320.741,46 Euro) kofinanziert wurden. Wegen schlechter Witterungsbedingungen war der Hafen nach Abschluss der Bauarbeiten nur eingeschränkt funktionsfähig. Daraufhin wurde beschlossen, einen zusätzlichen Damm zum Schutz des Hafens und zur Erweiterung der Gewerbezone zu errichten. Diese neuen Bauarbeiten werden vom EFRE im Programmzeitraum 2007 bis 2013 (in Höhe von bis zu 11.827.197,64 Euro) kofinanziert werden.

Hauptzweck des Ausbaus des Hafens von Tazacorte ist die Entfaltung von Wirtschaftstätigkeit, wodurch ein Beitrag zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit (25 %) auf der Westseite der Insel La Palma geleistet werden soll. Wegen der hohen Berge ist dieser Teil

der Insel nicht an den östlichen Teil der Insel angebunden, wo sich der Großteil der Wirtschaftstätigkeit und der vorhandenen Infrastruktur auf den größten Hafen der Insel (Santa Cruz de la Palma) konzentriert.

Mit dem neuen Bauvorhaben können neue Verkehrsverbindungen zwischen Tazacorte und den Inseln La Gomera und El Hierro geschaffen werden, bei denen kein Zwischenhalt auf der Insel Teneriffa mehr erforderlich ist. Ferner wird dadurch eine schnellere Fracht- und Passagierverbindung mit dem Süden Teneriffas geschaffen. Auch wenn dies in den Sanierungsplänen für den Hafen nicht aufgeführt ist, wird man dort dann auch Bananen verschiffen und entladen können.

Der Hafen wird über eine Konzession von einer privaten Gesellschaft zum Teil auch als Segelhafen genutzt werden. Die Regierung der Kanarischen Inseln wird weiterhin der Eigentümerin des Hafens bleiben, der von einer privaten Gesellschaft betrieben wird. Diese wird die Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes einzuhalten haben. Der Hafen wird außerdem von Fischerbooten, Forschungsschiffen sowie von Booten von Fischzuchtbetrieben genutzt werden. Mittelfristig wird sich der Hafen unter Berücksichtigung der Betriebskosten selbst tragen.

Was die neue Autobahn in La Palma anbetrifft, weist die Kommission ausgehend von allen von den spanischen Behörden erhaltenen Antworten darauf hin, dass sie keine Förderung aus Gemeinschaftsmitteln erhält. Die Kommission ersuchte den Petenten um die Vorlage von Beweisen, dass diese Bauarbeiten durch EU-Mittel kofinanziert wurden (zum Beispiel durch Fotografien von Baustellenschildern). Seine Antwort darauf bestand jedoch lediglich aus einer allgemeinen Kritik an dem geplanten Autobahnbau und dem Hinweis auf die ökologischen Auswirkungen.

Abschließend weist die Kommission darauf hin, dass sie die Auffassung des Petenten in vollem Maße teilt, wonach Regionalfonds zur Entwicklung von Bereichen wie dem Gesundheitswesen, erneuerbaren Energien und Bildung verwendet werden sollten. Zu diesem Zweck wurden in das Operationelle Programm des EFRE für die Kanarischen Inseln Sondermittel in Höhe von 112 Millionen Euro für Forschung und Innovationen aufgenommen. Die Kanarischen Inseln sind zudem die einzige Region in Spanien, in der der EFRE im Rahmen des Ziels der Wettbewerbsfähigkeit soziale Infrastrukturmaßnahmen (mit einem Betrag von bis zu 108 Millionen Euro) kofinanziert.

Wie aus den von der Hafenbehörde von Las Palmas vorgelegten Informationen hervorgeht, waren zusätzliche Baumaßnahmen für die volle Funktionsfähigkeit des Hafens von Tazacorte auf der Insel La Palma unbedingt erforderlich. Auf derselben Grundlage bestätigt die Kommission, dass diese Bauarbeiten mit Mitteln des EFRE kofinanziert werden. Demnach wird der Hafen mehrere Funktionen haben und zum Teil von einem privaten Segelunternehmen genutzt werden.